



Protokoll Nr. 21

Sitzung von Donnerstag, 6. April 2000, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident René Zimmermann

Anwesend:

Ernst Aebersold	Daniele Jenni	Kurt Rüegsegger
Raymond Anliker	Alfred Jordi	Erich Ryter
Thomas Balmer	Michael Jordi	Annemarie Sancar
Oskar Balsiger	Heinz Junker	Doris Schneider
Sven Baumann	German Kalbermatten	Beat Schori
Margrith Beyeler	Esther Kälin Plézer	Rolf Schuler
Peter Blaser	Regula Keller	Rudolph Schweizer
Markus Blatter	Blaise Kropf	Peter Sigerist
Konrad Bossart	Andreas Krummen	Franco Sommaruga
Annette Brunner	Peter Künzler	Sylvia Spring Hunziker
Peter Bühler	Annemarie Lehmann	Christoph Stalder
Michael Burri	Leslie Lehmann	Ernst Stauffer
Walter Christen	Peter Linder	Michael Straub
Marie-Louise Durrer	Edith Lörtscher	Ueli Stückelberger
Marcel Eyer	Liselotte Lüscher	Béatrice Stucki
Marcel Fankhauser	Markus Lüthi	Margrit Stucki-Mäder
Othmar Feller	Edith Madl Kubik	Peter Stucki
Thomas Fuchs	Anton Maillard	Hans-Ulrich Suter
Verena Furrer-Lehmann	Mario Marti	Katharina Suter
Hans Ulrich Gränicher	Irène Marti Anliker	Eva von Ballmoos
Adrian Haas	Barbara Mühlheim	Catherine Weber
Rolf Häberli	Rosmarie Okle Zimmermann	Kurt W. Weyermann
Ueli Haudenschild	Edith Olibet	Hansjörg Wittwen
Ruedi Hofer	Ruth Rauch	Andreas Zysset
Stephan Hügli	Lydia Riesen	
Urs Jaberg	Ursula Rudin-Vonwil	

Entschuldigt:

Christoph Müller	Margrit Thomet
Heinz Rub	

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Alfred Neukomm
Claudia Omar
Kurt Wasserfallen

Traktanden

1.	Einbürgerungsgesuche vom 29. Februar 2000	74
2.	Interfraktioneller Antrag FDP, SVP, CVP/FPS (Adrian Haas, FDP): Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (Baumgartner)	75
3.	Zonenplan Sempachstrasse / Wankdorfstrasse mit Vorschriften (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft) (Jordi/Guggisberg)	60
4.	Kleine Anfrage Sven Baumann (GFL): Kostendeckende Verwaltung fremder Objekte als Sparmassnahme? (Frösch)	73
5.	Reglement über die Reklame in der Stadt Bern (Reklamereglement); Fortsetzung der Beratungen vom 23. März 2000 (ab Artikel 8) (Burri/Wasserfallen)	10
6.	Motion Fraktion SP (Marie-Louise Durrer): Sofortige Einführung aller Tempo 30 Zonen im Stadtteil III; Abschreibung (Blaser/Wasserfallen)	46
7.	Motion Silvia Aepli / Peter Stucki (EVP): Tempo 30 im Bereich des Kirchenfeldschulhauses zu den Schulanfangs- und Schlusszeiten; Abschreibung (Linder/Wasserfallen)	303
8.	Motion Andreas Zysset (SP): Tempo 30 auf der Breitenrainstrasse (Wasserfallen)	61
9.	Motion Andreas Krummen (SP): Kinder in der Stadt Bern: Mehr Sicherheit für die Kinder an der Altenbergstrasse; Abschreibung (Balsiger/Wasserfallen)	271
10.	Motion Fraktion SP (Margrit Stucki-Mäder): Aufwertung des Weyerlis zur ganzjährigen öffentlichen Erholungs- und Grünanlage (Wasserfallen)	70
11.	Postulat Fraktion SVP (Thomas Fuchs, JSVP): Wilde Plakatierungen – den Verunstaltungen ist endlich Einhalt zu gebieten; Prüfungsbericht (Wasserfallen)	--

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Das Ziel von heute Abend ist, dass mindestens das Reklamereglement fertig beraten wird, damit nicht noch ein drittes Mal darüber diskutiert werden muss.

Protokollgenehmigung

Die Protokolle Nrn. 10 und 11 vom 24. Februar und Nrn. 12 und 13 vom 2. März 2000 werden mit bestem Dank an die Verfasserinnen und Verfasser genehmigt.

Ordentliche Traktanden

1 Einbürgerungsgesuche vom 29. Februar 2000

Antrag Nr. 74

Gemeinderat und stadträtliche Einbürgerungskommission beantragen, den nachgenannten Bewerberinnen und Bewerbern, gestützt auf die einschlägigen Bestimmungen, das Bürgerrecht der Stadt Bern zuzusichern.

Die Abstimmung ergibt folgendes Resultat:

ausgeteilte Stimmzettel	73
eingelangte Stimmzettel	73
davon leer oder ungültig	2
in Berechnung fallende Stimmzettel	71

Aus Datenschutzgründen dürfen die Namen der Bewerbenden nicht eingesehen werden.

2 Interfraktioneller Antrag FDP, SVP, CVP/FPS (Adrian Haas, FDP): Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission

Antrag Nr. 75

Gestützt auf Artikel 81 der Gemeindeordnung bzw. Artikel 24 Absatz 2 des Geschäftsreglements des Stadtrats fordern die unterzeichnenden Stadträtinnen und Stadträte die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Situation in der Stadtberner Liegenschaftsverwaltung.

Begründung:

Die desolate Bewirtschaftung des Portefeuilles der städtischen Liegenschaften mit ständig neuen Hiobsbotschaften, zwingt die vollständige Überprüfung der Zuständigkeiten, Abläufe und Verantwortlichkeiten. Es scheint, dass kein Überblick über die Mietzinseinnahmen usw. besteht. Dadurch verliert die Stadt Bern dauernd dringend notwendige Einnahmen.

Bern, 17. Februar 2000

Stellungnahme des Gemeinderats

Die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) wurde anlässlich der Totalrevision des Geschäftsreglements des Stadtrats im Jahre 1991 als Konsequenz der Diskussionen um die Tschernobyl-Demonstrationen von 1986 im Geschäftsreglement und 1992 auch in der alten Gemeindeordnung (GO) verankert, um Vorkommnisse von „bedeutender Tragweite“ (Vortrag der stadrätlichen Spezialkommission betreffend Totalrevision des Geschäftsreglements des Stadtrats von Bern vom 27. Juni 1991) in der Stadtverwaltung gewissenhaft untersuchen zu können. Anlässlich der Totalrevision der Gemeindeordnung war unbestritten, dass weiterhin die Möglichkeit der Einsetzung einer PUK bestehen sollte, falls Vorkommnisse in der Stadtverwaltung von grosser Tragweite einer besonderen Abklärung bedürfen (Art. 81 Abs. 1 GO). Die Stellung der PUK in einem eigenen Abschnitt in der GO macht ihre besondere Stellung ebenso deutlich wie die an ein Gerichtsverfahren angelehnten Verfahrensvorschriften, auch wenn der PUK keine richterliche Funktion zukommt, stellt sie doch lediglich Antrag an den Stadtrat.

Der Stadtrat beschliesst auf traktandierten Antrag über die Einsetzung einer PUK, nachdem er den Gemeinderat angehört hat (Art. 81 Abs. 2 GO).

Der Stadtrat hat demnach zu entscheiden, ob mit der Situation in der städtischen Liegenschaftsverwaltung ein Vorkommnis von so grosser Tragweite vorliegt, dass zu seiner besonderen Abklärung eine PUK eingesetzt werden muss.

Die PUK ist eine Kommission, die wie die Geschäftsprüfungskommission (GPK) der Verwaltungskontrolle dient. Es ist deshalb die Frage nach der Abgrenzung der Kompetenzen zwischen diesen beiden Kommissionen – der ständigen Kommission GPK und der nichtständigen PUK – zu stellen. Bis heute wurde in der Stadt noch nie eine PUK eingesetzt. Auch auf kantonaler und eidgenössischer Ebene geht man mit diesem Instrument sehr sorgfältig um. Für den Courant normal der Verwaltungskontrolle ist zweifellos die GPK zuständig; eine PUK soll nur in schwerwiegenden Sonderfällen zum Zug kommen.

Der Gemeinderat bestreitet nicht, dass die Situation in der Liegenschaftsverwaltung schon seit Jahren sehr schwierig war und noch ist. Dies ist jedoch sowohl der GPK als auch dem Stadtrat insgesamt seit Jahren bewusst. Er bestreitet auch nicht, dass der Umfang und die Komplexität der Probleme in der Liegenschaftsverwaltung nicht zu jedem Zeitpunkt richtig eingeschätzt resp. lange unterschätzt worden sind. Zu den bereits bei Amtsantritt der heutigen Finanzdirektorin vorhandenen Problemen, die auch zuerst – oft gegen den Willen der Beamtinnen und Beamten – erkannt werden mussten, kamen in den letzten 7 Jahren zusätzliche Unzulänglichkeiten zum Vorschein, die insgesamt die Lage der Liegenschaftsverwaltung nicht verbesserten respektive nicht zuliessen, dass mit den alten Schwierigkeiten nebst der täglich anfallenden Arbeitslast aufgeräumt werden konnte.

Der Stadtrat und seine vorberatenden Kommissionen (GPK und FIKO) sind vom Gemeinderat seit Frühjahr 1999 regelmässig und umfassend über den Stand der Dinge in der Liegenschaftsverwaltung informiert worden. Im April 1999 hat der Gemeinderat die Finanzdirektion damit beauftragt, die „Altlasten“ in der Liegenschaftsverwaltung in einem 11-Punkte-Programm intensiv und konzentriert anzugehen. Für die sofortige Aufnahme der Arbeit an 2 Pendenzen sprach er für 1999 (Nachkredit) sowie für 2000 je einen Betrag von Fr. 71 362.50. Für die übrigen – im Jahr 2000 zu vollziehenden – Arbeiten nahm er einen Betrag von Fr. 380 000.00 in den Voranschlag 2000 auf. Die Liegenschaftsverwaltung ergänzte das 11-Punkte-Programm für 1999/2000 im Mai 1999 durch ein Konzept, das in sechs Schwerpunkten die im Jahr 1999 zu leistenden Aufräumarbeiten aufführte. Seither hat der Gemeinderat sieben Zwischenberichte über den Stand des Abbaus der „Altlasten“ an GPK und FIKO erstattet. Zudem wurden GPK und FIKO an gemeinsamen Sitzungen im Juni 1999 und im Januar 2000 durch Vertreterinnen und Vertreter der Finanzdirektion und des Finanzinspektors umfassend über die laufenden Arbeiten informiert; im September 1999 fand im weiteren ein Besuch der GPK-Delegation bei der Finanzdirektion statt. Noch sind nicht alle Probleme gelöst, aber zumindest erkannt und bearbeitet. Die „Aufräumarbeiten“ schreiten programm-gemäss voran, mit dem 7. Zwischenbericht sind die GPK und FIKO auch über das Jahresprogramm 2000 der Liegenschaftsverwaltung orientiert worden. Der Gemeinderat wird weiterhin Bericht erstatten, bis alle Pendenzen abgetragen sind. Auch wenn zum Normalzustand übergegangen werden kann, wird der Gemeinderat im Rahmen des Verwaltungsberichts weiterhin jährlich Bericht erstatten über die Tätigkeit der Liegenschaftsverwaltung.

Eine PUK ist per Definition ein Instrument der „Vergangenheitsbewältigung“. Sie untersucht, sucht Beweise für Vorgefallenes, hört „Angeschuldigte“ an. Was in der Liegenschaftsverwaltung not tut, ist jedoch nicht die akribische Untersuchung allfälliger Versäumnisse und Unzulänglichkeiten, die nicht mehr ungeschehen gemacht werden können, insbesondere wenn die dafür Verantwortlichen oder daran Beteiligten zum grössten Teil seit längerer Zeit nicht mehr in städtischen Diensten stehen. Es geht vielmehr um die rasche Erledigung von alten Pendenzen, wie sie der Gemeinderat beschlossen und die Finanzdirektion an die Hand genommen hat. Die Berichterstattung in den vorberatenden Kommissionen ist aussergewöhnlich dicht und transparent im Sinne einer begleitenden und nicht nur nachträglichen Verwaltungskontrolle.

Nachdem bereits zwei Kommissionen mit den Problemen in der Liegenschaftsverwaltung beschäftigt und darüber detailliert orientiert sind, scheint die Einsetzung einer PUK heute unnötig. Der Gemeinderat ist der Auffassung, mit der Einsetzung einer PUK und zusätzlichen Abklärungen würde die gleiche Arbeit zweimal geleistet, sowohl auf Seite der Kommission als auch auf Seite der Verwaltung und des Gemeinderats. Dies wäre jedoch ein falscher Einsatz der Kräfte, der in der Liegenschaftsverwaltung nicht zu einer rascheren Aufarbeitung der Pendenzen, sondern vielmehr zum Stillstand und vor allem weiterer Verunsicherung des Personals führen würde.

Der Gemeinderat ist zusammenfassend der Auffassung, die Vorfälle und Mankos in der Liegenschaftsverwaltung seien erkannt und transparent, würden vom Gemeinderat unter Einsatz von adäquaten Mitteln innert angemessener Frist bereinigt und korrigiert und von GPK und FIKO kompetent und kritisch begleitet.

Er beantragt dem Stadtrat deshalb, auf die Einsetzung einer PUK zu verzichten.

Fraktionserklärungen

Für die Fraktion FDP spricht *Kurt W. Weyermann*: Als Fraktionssprecher will ich vorweg die personelle Angelegenheit in der Finanzdirektion (FD) resp. Liegenschaftsverwaltung (LV) kurz abhandeln. Ich beginne nicht bei Adam und Eva, sondern bei dem Punkt, bei dem im letzten Jahr die GPK eine externe Fachkraft gefordert hat, es war dies am 31. Mai 1999. An der Sitzung vom 21. Juni 1999 wurde der FIKO und der GPK die externe Fachkraft vorgestellt, sie wurde als Coach vorgestellt und dieser Coach hat uns diesbezüglich Hoffnungen gemacht, dass er sich stark einsetzen werde, damit in der LV alles in Schwung käme. In der Zwischenzeit sind 5 Zwischenberichte via FIKO an die GPK gelangt. Die Zwischenberichte waren an und für sich nicht sehr aussagekräftig, es waren Grafiken vorhanden, aus denen

wir ersehen konnten, welche Punkte erfüllt und welche nicht erfüllt sind. Am 15. Dezember 1999 wurde vom Finanzinspektor ein Zwischenbericht geschrieben, der nicht erfreulich war. Durch diese Tatsache sind die FIKO und die GPK am 14.1.2000 zusammengesessen und liessen sich orientieren, was bis jetzt alles gemacht wurde. Der externe Coach hat dort festgehalten, dass sich die LV momentan noch auf sehr brüchigem Eis bewege und mit verschiedenen Unannehmlichkeiten zu rechnen sei. An dieser Sitzung wurde jedoch auch bekannt, dass dieser Coach die LV Ende Januar verlassen werde. Es ist nicht verständlich, dass in einem solchen Stadium ein Coach seine Mannschaft verlässt. In der Tagespresse konnte man wenig und nicht viel Gutes und Positives über die LV lesen.

In der Zeit zwischen Juni und Dezember 1999 hatte ich Kontakt mit dem Coach. Ich konnte mich vergewissern und es wurde mir auch gesagt, dass langsam Zug in die LV komme, aber wir mussten feststellen, dass es Mitte September zu einem verbalen Zusammenstoss zwischen dem Bereichsleiter und dem Coach gekommen war. Daraufhin hat der Bereichsleiter gekündigt. Die Kündigung wurde von der Finanzdirektorin nicht anerkannt, Frau Holzer wurde einfach übergangen, es wurde eine Vereinbarung zwischen Frau Frösch und dem Bereichsleiter ausgearbeitet, dass derselbe bis Juni 2000 nicht kündigen solle. Er wird dazu direkt Frau Frösch unterstellt. Warum wurde dies gemacht? Warum hat die Finanzdirektorin das Geschäft nicht direkt an Frau Holzer übergeben? Hat sie Angst bekommen, dass die LV zu eigenständig werde? Mit diesen Unstimmigkeiten sind in dieser Verwaltung zwei Lager entstanden, welche nicht zusammen, sondern gegeneinander gearbeitet haben. Die laufenden Pressemitteilungen, welche allen bestens bekannt sind, will ich nicht kommentieren, aber die Vorwürfe in der Tagespresse und die Angriffe von der Finanzdirektorin gegen ehemalige Gemeinderäte und Chefbeamte sind alles andere als einer Direktorin würdig. Das Klima und der Personalwechsel in der LV geben etwa dies wieder, was dort passiert ist. Ich habe mir vom Personalamt eine Statistik ausdrucken lassen, wieviele Personen kurz in der LV gearbeitet haben und bereits wieder weg sind. Seit 1993 waren dies rund 40 Personen.

Am 17.2.2000 haben die bürgerlichen Fraktionen beschlossen, einen Antrag für eine PUK zu stellen, dies hat bei mir zu Hause eine gewaltige Reaktion ausgelöst, nicht in der Familie, sondern am Telefon. Ich habe Anrufe von Bürgerinnen und Bürgern erhalten, welche auf ihre Rechnungen warten, um Mietzinse oder Baurechtsverträge zu bezahlen usw. Ich halte hier ein Couvert in der Hand, darin ist ein Blatt mit zwei Namen von Baurechtsnehmern, welche seit ca. zwei Jahren rund Fr. 100 000.00 nicht bezahlen können, was einen Zins, bei 4½% gerechnet, von rund Fr. 10 000.00 ergibt. Bei 2 Baurechtsnehmern sind bereits Fr. 10 000.00 verloren gegangen. Ich muss nicht darauf hinweisen, dass die Stadt Bern dieses Geld sehr gut gebrauchen könnte. Ich überreiche das Couvert der Finanzdirektorin. Wie bereits gesagt, es sind zwei Namen aufgeführt, es sollten aber deren drei sein, der dritte wäre nämlich ich. Ich bin auch einer, welcher einen solchen Baurechtsvertrag hat. In den letzten fünf Jahren konnte ich regelmässig bezahlen, aber es ist auch schon vorgekommen, dass ich ihn 2 Mal hätte bezahlen müssen. Dieses Jahr hat es auch bei mir nicht geklappt, ich habe mich darum bemüht zu bezahlen. In der Zwischenzeit hat die Revision durch das Finanzinspektorat (FI) stattgefunden. Dabei wurde bemerkt, dass ich noch Geld schulde. Nun kann man mir plötzlich einen Einzahlungsschein schicken, es gibt jedoch noch viele andere Baurechtsnehmer, welche nicht bezahlen können. Man spricht von 1,8–2 Mio. Franken, welche in den letzten Jahren nicht bezahlt werden konnten. Wir müssen damit rechnen, dass ein grosser Stock an Zinsausfällen resp. Kosten für uns entstanden ist. Ich wollte mich beim Coach über diese Angelegenheit erkundigen. Der Coach hat mir klar mitgeteilt, dass ihm mit einem Brief der Finanzdirektorin eine absolute Schweigepflicht auferlegt wurde.

Am 27. März 2000 ist die weitere bittere Meldung zu mir vorgedrungen, dass Frau Holzer aufgefordert wurde, eine gemeinsame Vereinbarung auszuarbeiten. Ich halte fest, Frau Holzer ist immer noch krank und das Personalreglement sieht ganz klar vor, man kann niemandem während der Krankheit kündigen, also muss man sie oder ihn dazu zwingen. Jetzt muss Frau Holzer für all die Ungereimtheiten den Kopf hinhalten, ich glaube, dies ist nicht in Ordnung. Darüber liebe Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müsst ihr euch besser orientieren. Dies ist für mich klare Erpressung. Dass die Auflösung des Arbeitsverhältnisses nicht freiwillig war, muss nicht weiter gesagt werden. Wer Zeitung zwischen den Zeilen lesen kann, hat dies sofort bemerkt. Der Chef des Personalbüros hat gesagt, Frau Frösch habe

immer ganz klar gesagt, sie sei mit der Arbeit von Frau Holzer zufrieden, aber plötzlich ist dem nicht mehr so, hier ist etwas abgelaufen, was absolut nicht akzeptabel ist für die Stadt.

Für die SVP-Fraktion spricht *Rudolph Schweizer*: Alte, teilweise um Jahre zurückliegende Fälle kommen dank den Medien ans Tageslicht; Artikel im „Bund“, Leserbriefe in der „Berner Zeitung“. Wer trägt denn nun eigentlich Verantwortung für dieses Debakel? Ist es die grüne Finanzdirektorin oder ist es ihr Vorgänger, Josef Bossart, Altgemeinderat der CVP? Sind es beide ein bisschen oder liegen die Probleme sogar weiter zurück? Die SVP und die JSVP sind der Meinung, dass sich dieses Chaos mit der Einführung der EDV entwickelt hat und auf unqualifiziertes Personal zurückzuführen ist. Es waren ungenügende Pflichtenhefte vorhanden, unwirtschaftliche Abläufe, ungenügende Wahrnehmungen der Führungsaufgaben, fehlende Terminvorgaben, fehlende Stellvertretungen, fehlende Unterschriftenregelungen, dies alles hat zum Chaos geführt. Die Finanzdirektorin hat in ihrer ersten Legislaturperiode zaghafte, halbherzige Massnahmen in Sachen Personalpolitik vorgenommen. Dies kommt aus ihrer gewerkschaftlichen Herkunft, sie hat gezögert, rasch und forsch die ganze Führungskraft, die Führungsmannschaft auszuwechseln. Sie hat aber auch der LV viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die ungelösten Probleme konnten sich somit voll entfalten. Die Übersicht über Mietzinse, Pacht- und Baurechtsverträge sowie Heiz- und Nebenkostenabrechnungen ging immer mehr und mehr verloren. Die Finanzdirektorin hat bei der LV Struktur- und EDV-Probleme lange Zeit viel zu wenig ernst genommen. Hier muss sie politische Konsequenzen tragen bzw. ziehen. Frau Frösch hat ein Führungsproblem, ein Beispiel hat der GPK-Präsident bereits genannt – Fluktuationen -. Ich habe hier im Rat bereits vermehrt Beispiele genannt, ich will momentan nicht darauf zurückkommen, denn die Liste und die Redezeit sind zu kurz. Für die SVP und die JSVP ist unverständlich, warum die Finanzdirektorin das Feld informationspolitisch weitgehend den Medien überlassen hat. Statt bereits vor Jahren alles offen auf den Tisch zu legen, überlässt sie dies den Medien, die haarsträubenden Fälle einzeln oder portionenweise auszubreiten. Dies hat dem Image der LV unermesslichen Schaden zugeführt und wurde unermesslich gesteigert. Die Forderung nach einer PUK ist eine direkte Auswirkung der mangelhaften Informationspolitik. Nur etwas über die eingeleiteten Massnahmen zu berichten, reicht bei einem Desaster in diesem Umfang nicht und widerspricht elementarsten Grundsätzen eines modernen Informationsmanagements.

Warum fordern die SVP und die JSVP eine PUK? Wir haben das Wort Altlasten immer wieder gehört. Sind es Altlasten oder eben nicht? Wer trägt schlussendlich die politische Verantwortung für dieses Debakel? Waren oder sind der frühere Finanzdirektor oder seit 1993 die amtierende Finanzdirektorin nicht fähig, die LV nach Treu und Glauben zu führen? Nur eine innovative, leistungsstarke LV kann weiterhin gute, flächendeckende Dienstleistungen anbieten, denn die LV hat verantwortungsvolle und vielseitige Aufgaben, gilt es doch ansehnliche Vermögenswerte optimal zu bewirtschaften, eine Vielzahl von Gesetzesbestimmungen, OR, Mietrecht, Rechnungsfragen und vor allem den Kontakt mit den Mieterinnen und Mietern auf kompetente Weise zu pflegen. Aus diesen vorgenannten Gründen verlangen die SVP und die JSVP eine PUK.

Für die Fraktion GB/JA! spricht *Regula Keller* (GB): Unsere Fraktion ist der gleichen Meinung wie der Gemeinderat. Eine PUK einzusetzen um Probleme in der LV anzugehen, ist nicht nötig, dies aus folgenden Gründen:

1. Eine PUK ist angesagt um Vorkommnisse von bedeutender Tragweite in der Stadtverwaltung zu untersuchen, Artikel 24 GO. Dass die städtische LV mit Problemen organisatorischer und personeller Art zu kämpfen hat, will ich nicht abstreiten. Aber die Reorganisation ist seit längerer Zeit im Gange und es sind motivierte, fachlich ausgewiesene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter da, welche in loyaler Zusammenarbeit mit der Finanzdirektorin einen grossen Einsatz zeigen.
2. Die Verwaltungskontrolle übt die GPK aus. Sie und der Stadtrat kennen seit Jahren die organisatorischen Probleme der LV. Seit einem Jahr werden GPK und FIKO regelmässig über den Stand der Dinge informiert. Es läuft also transparent ab, wie die Reorganisation schrittweise zur Hand genommen wird. Ich musste vorhin lachen, als Kurt W. Weyermann gesagt hat, der Coach habe ihm nichts Internes erzählt. Dies ist normal, bei sol-

chen Managementberatungen sagt man nichts weiter, bis ein Bericht vorliegt, den man abgibt. Die vorberatenden Kommissionen haben also nicht eine nachträglich kontrollierende Funktion, sondern können begleitend mitwirken. Ich habe ein Zitat von Heinz Rub aus der „BZ“. Am 3.2.2000 hat er gesagt: „In der LV wird heute gut gearbeitet“. Kurze Zeit später fordert er mit anderen bürgerlichen Ratskolleginnen und -kollegen eine PUK. Dies ist doch irgendwie ein Widerspruch.

3. Eine PUK ist immer ein Mittel zur Vergangenheitsbewältigung. Gerade dies ist bei der LV nicht angesagt. Was wir brauchen sind zukunftsorientierte Handlungen, damit der Laden läuft. Der Revisionsbericht zur Rechnung des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik liegt nun vor und ist im Grossen und Ganzen positiv. Dieser Bericht wurde von den Bürgerlichen immer wieder als besonders wichtig betrachtet, bevor er vorhanden war. Ich bin immer wieder erstaunt, wie heftig und unsachlich die Opposition hier im Saal gegen die Finanzpolitik des Gemeinderats und im Besonderen gegen die Finanzdirektorin argumentiert. Ich erlaube mir, auf folgenden Satz aus eurem Vorstoss hinzuweisen: „Es scheint, dass kein Überblick über die Mietzinseinnahmen etc. besteht, dadurch verliert die Stadt dauernd dringend notwendige Einnahmen“. Liebe bürgerliche und rechte Ratskolleginnen und -kollegen, bedenkt doch einmal, was ihr mit euren Budget-Neins, mit eurer Verhinderung von Steuerfusserhöhungen, mit Referenden gegen Reglemente, welche der Stadt Geld bringen würden, anrichtet. Ihr heuchelt und betreibt nicht sehr glaubwürdigen Wahlkampf. Ich hoffe, dass die eingeleiteten Massnahmen zur Reorganisation der LV greifen werden und danke allen Beteiligten für ihre engagierte Arbeit. Eine PUK ist nicht nötig, ich bitte die Anwesenden, den Antrag abzulehnen.

Für die Fraktion GFL/EVP spricht *Michael Burri* (GFL): Heute vor rund 5 Jahren, am 15. Mai 1995 hat die GPK die Finanzdirektion zur Besprechung des Verwaltungsberichts 1994 besucht. Die damalige Delegationsleiterin der GPK, Lilo Lauterburg, welche sich speziell um die Finanzdirektion gekümmert hat, hat an dieser Sitzung gesagt, sie habe vernommen, dass die Rechnung des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik immer wieder zu Beanstandungen führe. Offenbar sei es möglich, dass im Fall des Wiederauftauchens von Unzulänglichkeiten im nächsten Jahr die Rechnung des Fonds vom Finanzinspektor zurückgewiesen werde. Die Finanzdirektorin, damals seit etwas mehr als zwei Jahren im Amt, hat sich laut Protokoll dieser Sitzung zuversichtlich gezeigt, dass es nach dem Stellenantritt der neuen Liegenschaftsverwalterin und mit vereinten Kräften möglich sein werde, im folgenden Jahr eine Rechnung vorzulegen, welche diesen Namen auch verdiene. 1½ Monate später, am 1. Juli 1995 hat die neue Liegenschaftsverwalterin, Frau Holzer, ihren Posten angetreten. In den seither rund 4½ Jahren ist es ihr, wie wir nun definitiv alle wissen, leider nicht geglückt, das gestrandete Schiff namens LV als Kapitänin wieder fahrtüchtig zu machen. Seitens der LV und der übergeordneten Finanzdirektion wurde die Situation immer wieder viel zu optimistisch eingeschätzt, es wurden mehrmals Fristen zur Problemlösung gesetzt, welche nicht eingehalten werden konnten. Dies hat zur Rückweisung der Rechnung 1998 durch das FI geführt. Eine zurückgewiesene Rechnung, jährliche Defizite in Millionenhöhe, eine Chefin, welche sich an der Situation die Zähne ausbeisst und schliesslich aufgibt, eine schwindelerregende Fluktuationsrate bei den rund 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, unglückliche Auftritte gegenüber der Kundschaft und teilweise ungenügende Kommunikation sind zu erwähnen. Die LV befindet sich in einer tiefen Krise und es besteht dringender Handlungsbedarf. Es fragt sich eben nur welchen. In erster Linie ist hier der Gemeinderat gefordert, er wurde diesbezüglich bereits vor über einem Jahr aktiv. Die FD hat anfangs Februar 1999 vom Gemeinderat den Auftrag erhalten, ihm einen Massnahmenplan vorzulegen, welcher sicherstelle, dass die Reorganisation der LV bis Ende Juni 2000 erfolgreich abgeschlossen werden könne, inklusive Erledigung der Altlasten. Dieser Massnahmenplan wurde am 7. April 1999 vom Gemeinderat genehmigt. Im Mai sind neue Leute an Bord der LV gekommen, Altgemeinderätin Theres Giger als Steuerfrau sowie der bereits erwähnte Coach, Herr Lentsch, sozusagen als Lotse, welchen man Frau Holzer zur Seite gestellt hat. Im September ist in der Person von Martin Frösch noch ein neuer Maschinenmeister hinzugekommen. Maschinenmeister deshalb, weil das Rechnungswesen für die LV etwa das Gleiche sein dürfte, wie der Maschinenraum für einen Ozeandampfer. Das Team hat in der zweiten Hälfte des letzten und anfangs des laufenden Jahres versucht, das Schiff namens LV wieder flott zu machen. Bekanntlich ist dies

bis heute nur zum Teil geglückt und der Lotse und die Kapitänin haben das Schiff, möglicherweise beide nicht ganz freiwillig, vorzeitig verlassen. In diesem Zusammenhang finde ich eine Äusserung von Herrn Lentsch besonders wichtig, welche er anlässlich der gemeinsamen Sitzung von GPK und FIKO gemacht hat. Er hat sich damals auf sein Coaching-Modell vom Mai 1999 bezogen, welches aus den drei Stufen – Beseitigung der Altlasten, Bewährung im Normalbetrieb und unternehmerische Ausrichtung auf die Zukunftsfähigkeit – bestanden hat. Dazu hat er folgendes festgehalten: „Es scheint mir richtig, dass anfänglich alle Energie in die Bewältigung der Altlasten gestellt wurde. Bei vielen Arbeiten muss ich mich aber fragen, ob der organisatorische Hintergrund und alle Strukturen ideal sind, um die Zukunft bewältigen zu können. Dies wird noch einige Diskussionen auslösen“. Soweit das Zitat von Herrn Lentsch vor 2½ Monaten. Er war offenbar der Meinung, dass man bei der Bewältigung der Altlasten richtig vorgehe. Demgegenüber stellt er aber die Zukunftsfähigkeit der LV in Frage. Genau hier liegt der entscheidende Grund, weshalb die Fraktion GFL/EVP dem Antrag auf Einsetzung einer PUK nicht zustimmen wird. Eine PUK ist, wie der Gemeinderat in seiner Stellungnahme und Regula Keller vorhin richtig dargestellt haben, ein parlamentarisches Instrument, welches sich in erster Linie zur Vergangenheitsbewältigung eignen wird. Denkt doch bitte an die Fälle, bei denen es auf städtischer, kantonaler oder eidgenössischer Ebene zu einer PUK gekommen ist. Der Mirage-Skandal in den 60er Jahren, die Affäre Kopp mit dem Fichenskandal, die Geheimarmee P26 Ende der achtziger Jahre, beides auf Bundesebene, die Affäre Hafner, Finanzskandal Mitte der achtziger Jahre auf kantonaler Ebene und schliesslich hier in unserer Stadt, die Tschernobyl-Demo vom April 1987. Dort wurde zum Teil keine PUK eingesetzt, aber diese Untersuchungen haben dazu geführt, dass das Parlament bei späteren Fällen eine PUK einsetzen kann. In all diesen Fällen ging es um Ereignisse, bei denen herausgefunden werden musste, wie etwas genau abgelaufen und was möglicherweise alles vertuscht wurde, was der ordentlichen parlamentarischen Kontrolle vorenthalten wurde, eben um die Bewältigung von Altlasten.

Diese Altlasten wurden im Fall der LV, wenn auch nicht in all ihren Details, aber doch zumindest in ihren Grundzügen, bereits vor einem Jahr vom FI klar erkannt und beschrieben. Es schliesst natürlich nicht aus, dass noch der eine oder andere Fall auftauchen wird, im Stile von denen, wie wir es in den vergangenen Wochen in der Presse lesen konnten oder wie sie vorhin von Kurt W. Weyermann genüsslich präsentiert wurden. Damit alle diese Mängel endlich bewältigt werden können, steht die LV seit einem Jahr unter der straffen Kontrolle des FI. Nebst den mehrwöchigen Revisionsbesuchen gibt es jetzt nicht nur quartalsweise, sondern seit letztem Sommer sogar monatliche Kontrollgespräche. Hinzu kommt die intensive Berichterstattung an GPK und FIKO. Es trifft zwar nicht ganz zu, wenn der Gemeinderat in seiner Stellungnahme zum PUK-Antrag schreibt, dass die Aufräumarbeiten gemäss dem Terminprogramm vorankommen, dazu nur die beiden Stichworte Baurechtsverträge und EDV. Es gibt aber doch unverkennbare Fortschritte. Dies bestätigt im Übrigen nicht nur der Finanzinspektor in seinem 2-seitigen Vorbericht vom 21.3.2000 zur diesjährigen Fondsrevision, sondern wird sogar von bürgerlicher Seite anerkannt, eine Äusserung von Heinz Rub in der Presse wurde bereits zitiert. Grundlagen, damit die Altlasten der LV beseitigt werden, sind also klar vorhanden. Es ist beim besten Willen nicht einzusehen, was hier eine PUK mehr bringen würde oder besser machen könnte. Um den Auftrag des Gemeinderats gemäss seinem Beschluss vom Februar 1999 zu erfüllen, haben die FD bzw. LV immer noch drei Monate Zeit, nämlich bis Ende Juni dieses Jahres. Die beiden anderen Punkte, gemäss dem Coaching-Konzept von Herrn Lentsch vom Mai 1999, die Bewährung im Normalbetrieb und die unternehmerische Ausrichtung für die Zukunft, sind sozusagen der Courant normal. Für diese beiden Ziele wäre die PUK von vornherein ein falsches Instrument. Bei diesen beiden Zielen geht es klar um operative Aufgaben, dafür sind wir als Stadträtinnen und Stadträte grundsätzlich nicht zuständig. Wir können Auflagen und Bedingungen beim Input machen, beispielsweise eine ausgeglichene Fondsrechnung verlangen oder wie wir es vor drei Jahren gemacht haben, bei der Überweisung der Motion Irene Graf Lerch, dass wir den Übergang der Subjekthilfe zur Kostenmiete verlangen. Wie genau die Ziele erreicht werden, ist Angelegenheit des Gemeinderats bzw. der Verwaltung. Entlassen können wir weder Chefbeamtinnen und Chefbeamte noch Gemeinderatsmitglieder. Letzterwähntes ist Angelegenheit des Volkes, dazu besteht in diesem Jahr die Gelegenheit. Eine PUK für die LV wäre aber im jetzigen Zeitpunkt nicht nur unnötig, sondern sogar kontraproduktiv, dies vor allem im Hinblick

auf die Situation des Personals. Irrtum vorbehalten arbeitet heute niemand mehr auf der LV, welcher noch unter dem Vorgänger von Frau Frösch gearbeitet hat. Diese Personen könnten von einer PUK sowieso nicht mehr befragt werden. Viel wichtiger als die Abklärung von begangenen Fehlern ist jetzt, dass die Leute der LV in Ruhe arbeiten und mit ihren Aufräumarbeiten weiterfahren können. Jeder zusätzliche Druckversuch von aussen erhöht die Gefahr, dass es zu weiteren Kündigungen von Mitarbeitenden kommt und zwar sind es erfahrungsgemäss die initiativeren, fähigeren Leute, welche kündigen. So haben es beispielsweise bei der Abteilung Rechnungswesen die beiden Vorgänger des heutigen Verantwortlichen, dem Namensvetter der Finanzdirektorin, nur je ein Jahr bei der LV ausgehalten. Das Gleiche darf sich nicht mehr wiederholen, wir als Stadträtinnen und Stadträte müssen unsere Verantwortung wahrnehmen und unser Möglichstes dazu beitragen, aber eben nicht dadurch, dass wir jetzt zusätzliche Verunsicherung durch eine PUK schaffen. Ich bitte die Anwesenden, den Antrag abzulehnen.

Für die Fraktion CVP/FPS spricht *Konrad Bossart* (CVP): Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort zum Antrag der PUK: „Es werden Vorkommnisse von bedeutender Tragweite in der Stadtverwaltung gewissenhaft untersucht“. Es soll also mit einer PUK Licht in ein dunkles Umfeld gebracht werden. Die Auffassung des Gemeinderats ist für mich richtig, er wertet allerdings die PUK ziemlich massiv ab, wenn er sagt, die PUK kann lediglich Antrag an den Stadtrat stellen. Die CVP/FPS-Fraktion sieht dies ganz anders. Für uns ist die PUK ein Instrument um sofort und direkt Einfluss zu nehmen auf eine absolut unbefriedigende Situation in der Verwaltung. Die Beurteilung des Gemeinderats ist aus der Antwort ersichtlich, es sei keine PUK notwendig, die Situation sei verifiziert, der Hauptgrund seien Altlasten, dafür verantwortlich der ehemalige Finanzdirektor und ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Alles Personen, welche nicht mehr im Amt sind. Zudem sagt der Gemeinderat, die Probleme und Fakten seien bekannt, Frau Frösch hat es mit den folgenden Worten gesagt: „Keine Leichen mehr im Keller“. Die Probleme seien zwar noch nicht alle gelöst, aber unter Kontrolle. Der Gemeinderat gibt klar die Schuld an der Situation in der LV den Altlasten und damit ehemaligen Verantwortlichen und weist in diesem Sinn jegliche Schuld und damit jegliche Verantwortung von sich. Der Gemeinderat stützt mit seiner Antwort auch die Aussagen der heutigen Hauptverantwortlichen. Die CVP/FPS-Fraktion unterstützt diese Antwort nicht, im Gegenteil wir sagen, dass die Situation in der LV falsch eingeschätzt und entsprechend falsch dargestellt wurde. Die Problemfakten sind nicht alle bekannt und die Probleme sind mit Sicherheit auch nicht unter Kontrolle. Es wurden 6 Altlasten definiert, welche zentral die LV in dieses Chaos gebracht haben. 5 dieser 6 definierten Altlasten müssen mit der EDV-Einführung Immbase in Verbindung gebracht werden. Eine nicht, die Bereinigung der Zusammenarbeit Hausverwalter/Rechnungswesen, dies ist ein Führungsproblem. Auch die Revisionsbemerkungen des FI werden als Altlasten bezeichnet, es ist mir absolut schleierhaft, wie es dazu kommt. Im Bericht sind 41 Bemerkungen aufgeführt, 2 davon sind aus dem Jahr 1992, 2 von 1994 und 1995 und 37 von 1997 und 1998. Wenn ich dies verifiziere, habe ich die grösste Mühe zu glauben, dass dies wirklich Altlasten sind. Eine dieser definierten Altlast ist möglicherweise in Verbindung mit Unterlassungssünden aus der Vergangenheit, die mangelhaften Baurechtsverträge, zu bringen. Allerdings wurde protokolliert, nach Aussagen von Personen aus der LV, welche die mangelnde Qualität von Baurechtsverträgen relativiert haben, erst mit der Einführung der EDV hätten sie gemerkt, dass die Informationen in den Baurechtsverträgen mangelhaft seien. Ich erinnere daran, dass die Baurechtsverträge teilweise Jahrzehnte alt sind. Vor der EDV-Einführung wurden die Baurechtsverträge nicht als Altlasten beurteilt. Erst bei der Erfassung ins System 1997 wurden Mängel festgestellt. Alle Know-how-Träger, welche 1993 in der LV gearbeitet haben, sind heute nicht mehr dort, damit ist auch das gesamte Wissen dieser Leute weg. Dass diese Personen mehr oder weniger freiwillig die LV verlassen haben, ist allen bekannt. Wie sich die Situation heute darstellt, die grosse Mühe, die Informationen für die Baurechtsverträge aufarbeiten zu können, deutet klar darauf hin, dass absolut fahrlässige Arbeitsübergaben und die Know-how-Übertragungen nicht stattgefunden haben. Wahrscheinlich wurde die EDV-Einführung völlig unterschätzt. Es ist lustig, dass ich als GPK-Mitglied dies überprüft habe und dabei nicht den Eindruck hatte, dass dem so sei. Die fortwährenden Abgänge, welche immer wieder zwi-

schen 1993 und heute passiert sind, verunmöglichen die EDV-Einführung optimal durchzubringen.

Die Problemfakten seien allen bekannt. Die grosse Fluktuationsrate von über 100% zeigt auf, dass dem nicht so ist, dass grösste Probleme vorhanden sein müssen, es fehlt der Glaube an die Zielerreichung. Die lange Reorganisationszeit, seit 1994 wird in der LV reorganisiert, wiederum werden neue Restrukturierungen angekündigt, löst beim Personal grösste Verunsicherung aus. Ich habe vor 2 Jahren selber eine Reorganisation durchgemacht, diese dauerte 2 Monate. Noch heute haben die davon betroffenen Personen Probleme. Jede Reorganisation muss schnell durchgeführt werden, dies ist möglich, wenn die Arbeitsprozesse klar definiert und abgegrenzt sind, wenn die Verantwortlichkeiten und Kompetenzen geregelt sind. Wir haben heute in der LV eine sechsjährige Reorganisationszeit, dies deutet auf fehlende Kompetenz und/oder auf fortwährenden Kurswechsel in der Ausrichtung der LV hin. Den Entscheid Frau Holzer nicht mehr weiter zu beschäftigen, ist fatal. Sie war eine Integrationsfigur, sie war eine von denen, welche letztes Jahr zusammen mit Herrn Lentsch die ganze Reorganisation, die Aufarbeitung der sogenannten Altlasten in Angriff genommen hat, sie ist heute nicht mehr im Amt. Der neue Liegenschaftsverwalter wird erst im September 2000 eintreten, er wird also nicht dabei sein, wenn die Reorganisation endlich abgeschlossen werden kann. Herr Lentsch war eine Vertrauensperson in der GPK, er hat uns überzeugt, dass wir daran glauben dürfen, dass es besser wird, dementsprechend hat die GPK auch informiert und gesagt, man solle die LV in Ruhe arbeiten lassen. Ende Januar wurde Herr Lentsch von seinem Amt freigestellt, obwohl Frau Holzer dannzumal gesagt hat, dass sie diesen Entscheid nicht tragen könne und damit nicht einverstanden sei. Entsprechend hat sie dabei auch über mögliche Konsequenzen orientiert. Alle diese Punkte zeigen grosse Personalprobleme und grösste Führungsschwächen auf.

Die Probleme seien unter Kontrolle, auch daran zweifelt die CVP/FPS-Fraktion. Wenn wir den Bericht des FI lesen, ersehen wir klar aus den Zeilen, dass die Probleme nicht im Griff sind, wir sehen klar daraus, dass immer wieder das Vorgehen geändert werden muss, weil neue Sachen herauskommen. Die Gründe sind Fehleinschätzungen von effektiven Gegebenheiten, erneute Abgänge von wichtigen Leuten in wichtigen Positionen und das Ändern von Vorgehen. Heute muss die LV als Projekt betrachtet werden. Wir haben einen grossen Termindruck, vor allem auch einen grossen Erfolgsdruck. Drei Faktoren sind für einen Erfolg eines Projekts entscheidend: ein funktionierendes Team, die Organisation und die Infrastruktur. Stimmt einer dieser Faktoren nicht, ist ein Misserfolg möglich, stimmen zwei davon nicht, ist der Misserfolg vorausbestimmt. Die CVP/FPS-Fraktion sagt klar, aufgrund meiner Äusserungen, dass vor allem im Team und in der Organisation grosse Mängel herrschen und man nicht davon ausgehen kann, dass es zum Erfolg führen wird. Aus diesem Grund müssen wir hier als Parlament die Verantwortung übernehmen. Wir müssen eine PUK einsetzen, wir müssen Anträge stellen in welche Richtung die LV gehen muss. Ich bitte die Anwesenden einer PUK zuzustimmen. Ich denke, es ist auch im Namen der Bevölkerung der Stadt Bern wichtig, endlich einen Schlussstrich zu ziehen.

Für die SP-Fraktion spricht *Irène Marti Anliker*. Unsere heutige Debatte über die Einsetzung einer PUK für die LV muss sich vor allem um zwei Punkte drehen.

1. Sind die Verhältnisse in der LV so, dass die einzige Antwort darauf eine PUK sein kann?
2. Welche Rolle haben die stadträtlichen Kommissionen, vor allem die GPK in dieser Frage zu spielen?

In der städtischen LV bestehen seit Jahren Missstände, Konrad Bossart, nicht erst seit der Einführung der EDV 1997. Die Eingabe dieser Daten, welche vielleicht nicht vorhanden oder schwierig zu eruieren waren, hat es an den Tag gebracht. Die Tatsache ist vielen unverständlich, dass die Basis der Aufgabe der LV, die Buchhaltung, die Abrechnungen über Heiz- und Nebenkosten, genaue Kenntnisse über die Mieterschaft, die Berechnung von Baurechtszinsen nicht reibungslos funktioniert. Ans Lösen von komplexeren Aufgaben, z.B. eine ganzheitliche Bewirtschaftung, soziale Durchmischung der Liegenschaften sowie die Umsetzung von wohnpolitischen Überlegungen war unter diesen Umständen nicht zu denken. Offenbar herrschte in der LV früher vor allem die Arbeitskult der tiefen Schubladen mit hohen Stapeln von Unerledigtem. Wir wissen, dass die FD und der gesamte Gemeinderat vor mehr als einem Jahr ein spezielles Programm ausgearbeitet haben, um die Missstände, die Atlas-

ten zu erledigen. Wir müssen die kritische Frage stellen, weshalb die Massnahmen erst so spät eingeleitet wurden. Die SP-Fraktion stellt fest, es ist zu viel Zeit verstrichen, bis man mit der heutigen Konsequenz an die Arbeit gegangen ist. Die Situation in der LV stellt sich jetzt im Jahr 2000 zum ersten Mal ein bisschen erfreulicher dar als in den letzten Jahren. Die Bewältigung der Altlasten wurde mit einem entsprechenden Konzept und Personal an die Hand genommen. Dem Personal, welches diese Arbeit erledigen muss, möchten wir an dieser Stelle unseren Dank aussprechen. Wir sind froh, dass mittlerweile motivierte Leute bereit sind, dies zu tun. Die Ausführungen im Revisionsbericht des FI zeigen auf, dass in der richtigen Richtung gearbeitet wird. Es sind Verbesserungen feststellbar, vor allem in Bezug auf den Rechnungsabschluss. Die LV und wir alle sind noch nicht über den Berg, es bestehen nach wie vor Probleme, vor allem im Bereich Baurechtszinse. Eine Bewältigung der Probleme scheint vom jetzigen Zeitpunkt an gerechnet in angemessener Frist möglich zu sein. Heute stellt sich uns die Frage, ob wir eine PUK einsetzen wollen. Eine PUK will Vergangenheitsbewältigung über Vorkommnisse von bedeutender Tragweite, also über Sachen, welche die Stadt, weite Bevölkerungskreise betreffen. Ein Journalist hat mich im Vorfeld dieser Diskussion einmal gefragt, ob dies für die SP nicht attraktiv und verführerisch wäre, einer solchen PUK zuzustimmen, dann könnte man doch die Mitschuld des früheren Finanzdirektors beweisen. Die SP-Fraktion nimmt einen Antrag zur Einsetzung einer PUK so ernst, dass wir uns seriöse und grundsätzliche Gedanken machen und nachher einen Entscheid fällen. Nach dieser Diskussion in der Fraktion will ich drei Gründe erwähnen, die gegen eine Einsetzung einer PUK sprechen:

1. Das oberste Ziel ist, dass die Probleme in der LV so schnell wie möglich gelöst werden können. Dazu sind Vorwärtsstrategien notwendig, Massnahmen wie sie jetzt eben am Laufen sind. Eine PUK muss rückwärts schauen. Sie bringt keine Innovationen bezüglich dem aktuellen Problemlösungsprozess in der LV. Das Personal der LV darf durch eine PUK nicht verunsichert werden, Michael Burri hat dies vorhin auch sehr eindrücklich dargestellt.
2. Die Probleme in der LV sind zwar gross, aber die bedeutende Tragweite ist für uns nicht gegeben. Eine PUK muss Ultima Ratio und für die wirklich gravierenden Fälle da sein. Für Situationen ohne Lösungsstrategien oder z.B. dort, wo strafrechtlich relevante Tatbestände vermutet werden. Die LV zeigt eben gerade jetzt ihre Lösungsstrategie.
3. Die GPK hat das Recht und vor allem die Pflicht, ihre Kontrollfunktion wahrzunehmen. Kurt W. Weyermann hat vorhin gesagt, die Zwischenberichte hätten nichts ausgesagt. Warum hat die Kommission nicht kritisch nachgefragt? Die GPK und die FIKO sind weiterhin gefordert, ihre Aufsicht wahrzunehmen und den Prozess in der LV kritisch zu begleiten, z.B. mit verbindlichen Terminen.

Welche Rolle haben die stadträtlichen Kommissionen, insbesondere die GPK zu spielen? Dass Kommissionen eine zentrale Rolle bei Problembewältigungen haben, ist klar, nicht auf operativer Ebene, aber bezüglich kritischer Begleitung des Prozesses. Dazu muss ich leider sagen, in diesem Punkt haben die bürgerlichen GPK-Mitglieder in letzter Zeit versagt. Sie waren nicht mehr bereit, in der Kommission Sachpolitik zu betreiben, sie haben sich geweigert, ihre Kenntnisse über konkrete Fälle in der Kommission zur Diskussion zu stellen. Die SP-Fraktion verurteilt dieses Verhalten ganz stark. Statt sich in der GPK seriös mit den Problemen auseinanderzusetzen, wird gedroht, man zitiere dann hier im Rat schlimme Fälle. Wer nur Schmutzwäsche waschen will und nicht bereit ist, die Hintergründe auszuleuchten, ist nicht glaubwürdig. Dass sogar der amtierende GPK-Präsident hier mitspielt, macht die Angelegenheit noch trauriger. Ein Kommissionspräsidium bedeutet Verantwortung und Führung zu übernehmen, im Interesse der ganzen Stadt und nicht nur im Interesse eines Wahlkampfes. Dass der amtierende GPK-Präsident bei diesem Geschäft die Fraktionserklärung der FDP abgegeben hat, ist schlechter Stil. Die SP-Fraktion erwartet von den bürgerlichen GPK-Mitgliedern, dass sie ihre Aufsichtspflicht wieder wahrnehmen werden und konstruktiv in der Kommission mitarbeiten. Die SP-Fraktion hofft, dass die Probleme in der LV gelöst werden können. Wir stehen politisch zu einer städtischen LV. Die Stadt Bern, Mieterinnen und Mieter der Liegenschaften, welche oft mehr brauchen als nur den Erhalt der Einzahlungsscheine, alle diese Personen sind auf eine gut funktionierende städtische Liegenschaftsverwaltung angewiesen. Wir beantragen dem Rat, auf das Einsetzen einer PUK zu verzichten.

Einzelvoten

Stephan Hügli (FDP): Als Regula Keller vorhin sagte, der Bericht des FI sei positiv, musste ich mich spontan melden, denn offenbar muss man den Bericht hier erläutern. Wenn man den Bericht liest und als positiv befindet, ist man nicht ganz im Bilde, was darin steht. Ich bin zum ersten Mal mit der Problematik der LV beim Direktionsbesuch 1997 als Neumitglied der FIKO in Kontakt gekommen, welchen ich zusammen mit Edith Olibet gemacht habe. Bereits damals hat Edith Olibet gesagt, es müsse endlich etwas gehen. Wir tragen dies nun seit fünf, sechs Jahren herum, es wird immer schlimmer. Auch zu dieser Zeit hiess es, bis Ende Jahr habe man alles im Griff, nun haben wir nichts oder noch nicht alles im Griff. Der Druck, welchen schlussendlich die GPK und die FIKO gemacht haben, war gross genug, um Lösungen zu finden, leider sind wir noch nicht so weit, wie wir sein sollten.

Im Bericht werden 4 erfreuliche Positionen erwähnt, wovon deren 3 mit Einschränkungen. Es werden weiter 4 weniger erfreuliche Sachen und in einem längeren Absatz etwas sehr Unerfreuliches dargestellt. Erfreulich ist, dass man ordnungsgemäss die Rechnung nach NRM abschliessen konnte, mit der Ausnahme der Altdebitoren und Heizkostenabrechnungen 1997 und 1998. Der grösste Teil der Revisionsbemerkungen aus den Vorjahren konnte nach den Terminvorgaben erledigt werden. Immerhin war die Auskunftsbereitschaft von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LV stets vorhanden. Im Gegensatz zu früher, hat es nur noch halb so viele Revisionsbemerkungen, allerdings ist dazu zu bemerken, dass die LV mit Abstand am meisten Revisionsbemerkungen gehabt hat. Weniger erfreulich ist aber die Tatsache, dass mit dem Versand der Heizkosten- und Nebenkostenabrechnungen 1998/1999 erst jetzt begonnen werden kann, statt $\frac{3}{4}$ oder 1 Jahr früher. Unerfreulich ist, dass die Debitorenbewirtschaftung nach wie vor sehr zeitraubend ist und es unmöglich ist, eine Offenpostenliste auszudrucken. Doppelt erfasste Rechnungsstellungen führen dazu, dass man zu viele Erträge verbucht hat. Ebenfalls unerfreulich ist, dass die Software Immbase nach wie vor Schwachstellen zeigt. Beim Punkt der sehr unerfreulichen Bemerkung zitiere ich folgendes: „... aber da in dieser Abteilung zudem bezüglich der richtigen Vorgehensweise noch wichtige Entscheidungen zur Ausgestaltung von Arbeitsabläufen und Vertragsbehandlungen ausstehen...“ – oder ein weiteres Zitat – „Verzögerungen bei den Rechnungsstellungen dürften bis jetzt zu aufgelaufenen Verzugszinsausfällen in der Grössenordnung von Fr. 300 000.00 bis Fr. 400 000.00 führen“. Die Stadt Bern verliert an einem Ort Geld, wo es nicht nötig wäre. Ich erinnere daran, dass wir vor einem Jahr an einer gemeinsamen Sitzung der GPK und FIKO gesagt haben, dass wir von der bürgerlichen Seite aus bereit wären, zusätzlich kurzfristig Stellen zu schaffen, um endlich die Probleme lösen zu können.

Zur Würdigung des Revisionsberichts schreibt das FI – „kann in Anbetracht der erzielten Fortschritte sowie der eingeleiteten Massnahmen die Rechnungsablage 1999 als genügend erachtet werden, wenn auch mit einigen wesentlichen Einschränkungen. Gelingt es nicht, die Problembereiche definitiv und noch dieses Jahr in den Griff zu bekommen, wird erneut eine schwierige Diskussion der Genehmigung oder Ablehnung der nächsten Rechnung geführt werden müssen“.

Ich bin mit den Argumentationen von Michael Burri einverstanden, allerdings begreife ich seine Schlussfolgerung nicht. Es geht doch darum, grundsätzlich Vergangenheitsbewältigung zu machen, Vergangenheitsbewältigung führte noch immer dazu, dass nachher auch die Weichen für die Zukunft gestellt werden. Wir wissen heute noch nicht, woran wir sind. Es wird sehr viel vertuscht und verschwiegen, die Mitglieder der FIKO und der GPK waren nie über alles im Bild. An die Adresse von Irène Marti Anliker, wir haben immer kritische Fragen gestellt. Es kommen immer wieder Kellerleichen zum Vorschein, welche wir nicht haben sollten, offenbar reicht der Kontrollmechanismus, welchen wir in diesen Kommissionen heute haben nicht mehr aus. Es liegt noch viel Ungeklärtes auf dem Tisch, deshalb brauchen wir unbedingt eine PUK. Wir haben versucht, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LV in Ruhe arbeiten zu lassen und gesagt, wir treten nicht an die Öffentlichkeit, wir veranstalten keine Schlammschlachten, wir geben der FD ein Jahr Zeit, die Probleme in Ruhe lösen zu können. Nun haben wir bereits ein Jahr gewartet, aber die Probleme sind noch nicht definitiv gelöst. Ich bitte deshalb die Anwesenden, der Einsetzung einer PUK zuzustimmen.

Ernst Stauffer (ARP): Ich habe mit grossem Interesse allerlei gehört, was ich noch nicht wusste. Der alte Finanzdirektor Josef Bossart schreibt in einem Leserbrief, er habe eine gut funktionierende LV hinterlassen. Wer es glaubt, zahlt einen Taler, ich nicht, sonst hätten wir heute nicht diese Situation und auch den Vorstoss nicht unterschrieben. Ein anderer sagt genau das Gegenteil. Der alte Liegenschaftsverwalter Müggler schiesst aus dem Exil zurück und schreibt, er habe 1990 das Rechnungswesen der LV so angetroffen. In Ordnung gebracht hat er die Sache aber offenbar auch nicht. Meine seinerzeitig angebrachten Mängel, dies muss hier gesagt werden, hat Frau Frösch zwar sofort in Ordnung gebracht und geregelt, hat aber bereits damals gesagt, dass die von mir erwähnten Probleme nur die Spitze des Eisbergs bilden. Jetzt will ich als Steuerzahler und Stadtrat einmal wissen, was stimmt und wann die Sache erledigt wird oder ob man die Sache überhaupt noch erledigen kann. Die Finanzdirektorin spricht immer von Altlasten. Vollends erstaunt bin ich, dass die Angelegenheit jetzt offenbar wieder mindestens teilweise Chefsache wird oder ist. Der Stadtpräsident gibt laut Traktandenliste Auskunft. Wenn in dieser Stadt etwas Chefsache ist oder wird, dann kriselt es. Das ist das eine, das andere ist die Frage, wie lösen andere Probleme, welche keinen solchen Chef haben? Andere Städte haben auch einen Gesamtgemeinderat und die Verwaltung und müssen ohne einen solchen Übervater auskommen. Zur Einsetzung einer PUK ist zu sagen, nur wer das Resultat scheut, kann sich gegen eine PUK wehren oder muss sich den Vorwurf gefallen lassen, er sei nicht daran interessiert, dass nach jahrelangen Schlampereien die Angelegenheit endlich richtig untersucht wird. Wir wollen jetzt endlich ein Ende dieser leidigen skandalträchtigen Liegenschaftsverwaltungsgeschichte und nicht immer neue Hiobsbotschaften, Leserbriefe, Fernsehauftritte, Gegendarstellungen und Vertröstungen zur Kenntnis nehmen. Alles hat ein Ende und dies wollen wir nun auch hier. Der Gemeinderat will keine PUK und findet nach einer 1½-seitigen Begründung, in angemessener Frist werde die Sache bereinigt und korrigiert. Sieben Jahre wird jetzt bereits aufgeräumt, ist diese Zeit noch nicht angemessen?

Lydia Riesen (SD): Nach all dem, was ich bis jetzt gehört habe, bin ich der Meinung, dass eine PUK ohne Wenn und Aber eingesetzt werden muss. Es wäre für mich unbegreiflich, wenn für die LV mit den andauernden Problemen keine PUK eingesetzt würde. Es darf einfach nicht passieren, dass jahrelang ein solcher Dschungel herrscht und der Stadtrat und das Volk mit vagen Ausreden von wegen Altlasten, Aufarbeitung, EDV- und Personalproblemen hingehalten werden. Mir ist rätselhaft, wenn doch alles auf bestem Weg sein soll, warum gewisse Kreise sich gegen eine PUK wehren. Was es jetzt braucht, ist eine seriöse Standortbestimmung mit klaren und fachgerechten Vorgaben. Es nützt nichts mehr, wenn nur schön geredet und beschwichtigt wird. Im Gegenteil, es wirkt gegenüber den Stimmbürgerinnen/Stimmbürger und den Steuerzahlerinnen/Steuerzahler unehrlich und wirft auch weiterhin ein ganz schlechtes Licht auf die FD und auf das Stadtparlament. Diesen Missständen wollen wir doch nun endlich ein Ende setzen. Hier geht es schlussendlich nicht um eine Auseinandersetzung zwischen RGM und den Bürgerlichen, auch nicht um eine Verletzung des sogenannten Kollegialitätsprinzips, sondern um eine Auf- bzw. Abklärung in der LV. Aus diesen Gründen bitte ich die Anwesenden, der Einsetzung einer PUK zuzustimmen.

Thomas Fuchs (JSVP): Es kann später niemand behaupten, er habe nichts gewusst und sei nicht gewarnt worden. Wer sich heute gegen eine PUK ausspricht, ist bereit, dass diese Misswirtschaft und Steuergeldverschleuderung fortgeführt wird, bewusst oder unbewusst. Wer nichts zu befürchten und zu verschweigen hat, muss eine PUK nicht fürchten. Frau Frösch scheut aber eine PUK wie der Teufel das Weihwasser. Warum wehrt sich die Finanzdirektorin derart hartnäckig? Weil sie selber nicht mit Sicherheit weiss, ob tatsächlich gleichwohl noch Leichen im Keller vergraben sind, weil sie keine Garantie abgeben kann, dass keine Baurechtsverträge in Schubladen und Schränken liegen, sofern sie überhaupt noch vorhanden sind. Gleichzeitig mit der PUK muss auch die Schweigepflicht von Herrn Lentsch aufgehoben werden. Zahlreiche Leute würden staunen, was er uns allen zu sagen hätte. Herr Lentsch hat vor seinem überraschenden Abtritt mir gegenüber nur wenige Punkte angedeutet. Nehmen wir den neusten Bericht des FI zur Hand, darin sind düstere Prognosen und neue Mängel aufgeführt. Diejenigen Personen, welche eine PUK ablehnen, mit der lobenswerten Ausnahme der Grünen Partei, die gleichen, welche sich auch weigern werden,

dass eine Auslagerung der LV, eine Privatisierung geprüft wird. Dies zeugt von einer uneinsichtigen Haltung der Genossinnen und Genossen und das viel zitierte Glasnost wird mit einem Eisernen Vorhang zugedeckt. Meines Erachtens ist dieses Verhalten unwürdig und zeugt von wenig Verantwortungsbewusstsein gegenüber der steuerzahlenden Bevölkerung. Es ist heute an der Zeit einen Entscheid zu treffen, der nicht auf Parteifreundinnen Rücksicht nimmt. Ich habe Mitleid mit der Nachfolgerin oder dem Nachfolger von Frau Holzer, sie werden die Folgen tragen und für das Rot-Grün-Blockdenken den Kopf hinhalten müssen. Frau Frösch hingegen wird sich heute im Erfolg sonnen, dass sie eine PUK erfolgreich abschmettern konnte. Das Schiff LV ist nicht nur Leck geschlagen, das Schiff ist am Sinken und es wird Mann, Frau und Baurechtsverträge mit sich reissen. Das Minimum, was wir heute verlangen, ist eine Zusicherung zu einer Motion oder einem Vorstoss, welchen wir von der SVP einreichen werden, wenn keine PUK eingesetzt wird, welche eine Neuausrichtung der LV verlangt, eine Privatisierung oder eine Teilauslagerung, z.B. ohne Sozialwohnungen. Die Anwesenden kennen das Sprichwort – es gibt Politikerinnen und Politiker, die sind zu allem fähig und es gibt Politikerinnen und Politiker, die sind zu nichts fähig. Ich erwarte, dass wir hier zu allem fähig sind, d.h. Ja zu einer PUK zu sagen, vorwärts zu schauen und bereit sein, etwas gegen die Missstände zu unternehmen. Ein gegenseitiges Einvernehmen ist an der Zeit, in der Privatwirtschaft wäre das Problem mit einem Einschreibebrief an die Hauptverantwortliche schon längst beendet worden. Die Worte von Irène Marti Anliker genügen mir nicht, ich möchte eine Zusicherung, dass sie bereit ist hier anzupacken und eine Prüfung, eine Auslagerung der LV mitzutragen. Glauben und Hoffen kann man am Sonntag in der Kirche, der Stadtrat ist dafür kein geeignetes Organ.

Ruth Rauch (SP): Das Problem in der LV ist gross, in diesem Punkt sind wir uns alle einig. Das Problem ist alt, älter als einzelne von uns dies im Bewusstsein haben und es hat lange gedauert, bis wir es gemerkt haben. Über diesen Punkt machen wir uns Sorgen und ich denke, Polemik, wie sie nun gerade von Thomas Fuchs losgelassen wurde, wird dem nicht gerecht und ist widerlich. Ich hoffe, mir wird es gelingen, zu diesem Problem in einer anderen Tonart zu sprechen. Es wurde uns allen spät bewusst, ich finde es überraschend, wenn Stephan Hügli sagt, 1997 habe Edith Olibet ihn schon auf das Problem aufmerksam gemacht. Bemerkbar geworden ist es in der FIKO laut meinem Bewusstsein nicht im 1997 sondern später. Die Kontrollorgane FIKO und GPK haben verschlafen. Wirklich grelles Licht auf die Problematik wurde 1998 und 1999 geworfen, damals war es bereits zu spät. Wir haben danach richtigerweise die Zwischenberichte gefordert und diese auch erhalten. Die FIKO und die GPK haben danach versucht, die Kontrollverantwortung ernst und wahrzunehmen. Angelaufen ist dies vor einem Jahr. Ich finde es überrissen, ein Jahr darauf, nachdem bereits ein grosser Haufen der Probleme gelöst sind, nach einer PUK zu rufen. Mich enttäuschen primär die FIKO- und GPK-Mitglieder, welche diesen Antrag unterschrieben haben. Konrad Bossart hat von 41 Revisionsbemerkungen des FI gesprochen. Es ist wahr, die waren vorhanden. Aber er spricht nicht davon, dass die allermeisten bereits beantwortet und gelöst sind. Im letzten Zwischenbericht war noch von 13 Bemerkungen die Rede, wobei davon auch bereits 5 praktisch gelöst waren. Es wird uns vorgelegt, dass von allen Revisionsbemerkungen heute 86% gelöst sind, dass dem nicht so sei, dazu haben wir keine Informationen.

Zu den Bemerkungen von Kurt W. Weyermann betreffend Coach: Ich denke, ihr habt nicht verstanden, dass ein Coach in der Administration nicht identisch ist mit einem im Sport. Dieser hat einen wesentlich anderen Auftrag und ich denke, es wäre gut, wenn ihr diesen Unterschied wahrnehmen würdet. Die Geheimhaltung ist das oberste Gesetz eines Coach in jedem Betrieb und auch in der Administration der Verwaltung. Wir sind uns einig, wir haben noch Probleme, welche noch nicht zu 100% gelöst sind, es gibt immer wieder personelle Schwierigkeiten, welche uns Sorgen machen. Frau Frösch muss dafür Verantwortung übernehmen, aber gerade in Bezug auf Frau Holzer finde ich die Bemerkungen nicht in Ordnung. Ich habe Frau Frösch in einem hohen Ausmass und immer wieder sehr solidarisch erlebt mit Frau Holzer, vielleicht sogar zu lang.

Ich denke, eine PUK ist im jetzigen Moment nicht die richtige Antwort. Wenn es dem Rat ernst ist, dass die LV jetzt noch definitiv über den Berg kommt, müssen wir sie nicht mit einer PUK stören.

Peter Künzler (GFL): Die Sache, über welche wir heute sprechen, ist völlig unbestritten. Sie wurde von einer ganzen Anzahl Rednerinnen und Rednern nicht bestritten. Das jetzige Problem ist, wie man nun mit diesem Problem umgehen wird. In rund 10% der Redezeit wurde überhaupt dazu Stellung genommen. Es ist die Frage, ob die PUK ein geeignetes Mittel sei, das Problem zu lösen. Ich glaube mit vielen anderen Anwesenden, dass es dies nicht ist. Zu den Worten von Thomas Fuchs: Wenn er daran denkt, einen solchen Zweig der Verwaltung einmal auszugliedern, genau dann muss er mit Konsequenzen rechnen, dass in einem Verwaltungszweig Probleme auftauchen werden. Es kann sicher nicht die Idee sein, wenn NPM verwirklicht wird, dass wir bei jedem Führungsproblem in der Verwaltung eine PUK einsetzen und sich das ganze Parlament wieder einmischen wird. Wenn der Rat in diesem Geist die Probleme lösen will, dann darf er nie und nimmer für das Projekt New Public Management sein.

Blaise Kropf (JA!): Wenn ich jetzt während beinahe 1½ Stunden dieser Debatte zugehört habe, insbesondere den Voten der bürgerlichen Ratskolleginnen und Ratskollegen, bin ich oft nicht um den Eindruck gekommen, ein Stück weit an pawlowsche Reaktionsmuster zu denken. Nach dem Motto sobald sich etwas bewegt, wird zugebissen, gedacht wird, wenn überhaupt, erst in einem zweiten Schritt. Konrad Bossart verkündet in seinen Voten die Zahl der Austritte aus der LV, verschweigt aber, dass darunter 5 Pensionierungen waren. Ein anderes Beispiel: Stephan Hügli, welcher sich in der FIKO in erster Linie dafür interessiert hat, ob die Jahresrechnung 1999 des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik durch das FI abgenommen werden könne, steht nun ans Rednerpult und zitiert lang und breit, was in diesem Bericht sonst noch steht und erwähnt namentlich Kritik. Lange Zeit hatten wir das Gefühl, der Bericht werde abgelehnt, nun ist er angenommen, was macht die FDP jetzt, sie macht den Bericht schlecht. Von mehreren Kolleginnen und Kollegen wurde bereits erwähnt, dass die PUK ein Instrument sei, welches für besondere Vorkommnisse in der Stadtverwaltung gebraucht werde. In den Voten von Kurt W. Weyermann, Rudolph Schweizer usw. habe ich kein Wort vernommen, warum es eine PUK braucht. Von den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern des Antrags sitzen mehrere Personen in der FIKO und GPK, welche die Möglichkeit gehabt haben, der LV seit bald einem Jahr sehr genau auf die Finger zu schauen. Offensichtlich geht es in der Tat nur um möglichst viel Lärm. Wie von Irène Marti Anliker gesagt, wäre es besser, wenn sich die bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen zusammenreissen würden, damit in der FIKO und GPK die Aufträge wahrgenommen würden.

Das wichtigste Ziel für das Jahr 1999, der erfolgreiche Jahresabschluss wurde erreicht, das FI hat die Rechnung des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik 1999 in den letzten Wochen gutgeheissen und die LV in wichtigen Punkten gelobt. Auch wenn wir den Revisionsbericht in Detail noch nicht begutachten konnten, so wäre es zumindest für die Mitglieder der FIKO und GPK möglich gewesen, die Fortschritte selber festzustellen. Im letzten Zwischenbericht konnte man lesen, dass die Überprüfung der Mietverträge abgeschlossen sei und bis Ende Februar ein Erledigungsstand von 86% der Revisionsbemerkungen bestanden hat. Ich stelle fest, dass bei der LV ein Team an der Arbeit ist, welches die anstehenden Probleme lösen kann, dafür aber in erster Linie ein bisschen Zeit und vor allem Ruhe zum Arbeiten braucht. Aus diesen Hintergründen ist die Einsetzung einer PUK oder die Forderung danach ganz sicher nicht das richtige Mittel. Noch eine letzte Bemerkung, was in der jetzigen Situation sicher auch nicht das richtige Mittel ist, sind die doch reichlich undifferenzierten Diffamierungen gegenüber dem Personal der LV, wie wir sie heute von Rudolph Schweizer gehört haben.

Daniele Jenni (GPB): Ich habe ebenfalls mit grossem Interesse die Debatte verfolgt und muss feststellen, um die Frage der Einsetzung einer PUK für die LV wird ein ganz klarer Blockgottesdienst zelebriert. Auf der Seite der Bürgerlichen ist klar zu erkennen, dass mit Hinblick auf die Wahlen Propaganda und Stimmung gemacht werden soll, auf der anderen Seite wird aber vielleicht auch ein Fehler gemacht, indem gekontert wird und der Einsetzung einer PUK nicht zugestimmt wird. Die Realität ist doch diese, dass sich die LV in einem sehr üblen Zustand befunden hat und noch teilweise befindet. Die Öffentlichkeit interessiert sich dafür. In allen Medien kommen immer wieder neue Enthüllungen und Tatsachen zum Vor-

schein. Wenn wir die PUK jetzt nicht einsetzen, erwecken wir den Eindruck, wir hätten etwas zu verstecken. Aus diesem Grund finde ich es geschickt, die PUK einzusetzen, auch wenn wir skeptisch sind, ob die PUK effektiv etwas bringen wird. Ich bin überzeugt und habe es auch von Frau Finanzdirektorin gehört, dass die Sache offensichtlich auf gutem Weg sei. Somit wird sie dies auch vor einer PUK darlegen können. Ich bin überzeugt, dass die PUK-Forderung der Bürgerlichen für sie zum Bumerang werden kann, insofern das Ergebnis wieder auf sie zurückfällt. Aus diesen Überlegungen werde ich den Antrag unterstützen.

Kurt W. Weyermann (FDP): Ich spreche nun weder als Fraktionssprecher noch als GPK-Präsident, sondern als Stadtrat. Das Einsetzen einer PUK ist eine Angelegenheit, wenn ein Problem von grosser Tragweite dies erfordert. In welchem Garten wachsen 1,5–2 Mio. Franken? Daniele Jenni hat als einziger auf der rechten Seite begriffen, worum es bei der PUK geht. Es ist aber auch billig, mich hier vorne zu kritisieren, wenn ich als GPK-Präsident die Fraktionserklärung der FDP mache. Vor zwei Jahren war beim Drogenausschuss auch die GPK-Präsidentin federführend und hat das Geschäft nach aussen vertreten.

Michael Burri (GFL): Zu den Worten von Kurt W. Weyermann braucht es eine Richtigstellung. Der GPK-Ausschuss Drogenpolitik wurde von der GPK eingesetzt.

Peter Bühler (SD): Es ist interessant, wie der Gemeinderat auf den Interfraktionellen Antrag reagiert und geantwortet hat. Für den Gemeinderat ist zwar klar, dass einiges falsch gelaufen ist, aber er ist zur Überzeugung gekommen, dass es keine PUK brauche und gleicher Meinung ist auch RGM. Deshalb haben mich die Äusserungen von Daniele Jenni sehr gefreut. Wenn Frau Finanzdirektorin Frösch genau weiss, wie sie unlängst gegenüber den Medien erklärt hat, dass es keine Leichen mehr im Keller der LV habe und alle Probleme im Griff seien, weshalb will sie die LV nicht einer PUK unterziehen lassen? Wenn sich herausstellt, dass eine PUK für nichts eingesetzt wurde, geht die Finanzdirektorin gestärkt aus dieser ganzen Situation und das Nachsehen werden die Bürgerlichen haben. Wenn aber auskommt, dass eine PUK richtig gewesen wäre und das Parlament es abgelehnt hat, werden sich einige Damen und Herren unangenehme Fragen stellen lassen müssen. Es stellt sich nun die Frage, was will man eigentlich verbergen? Wenn es nichts zu verbergen gibt, stimmt der PUK zu, denn nur so kommt endlich Licht ins Dunkel der LV. Schlussendlich sind wir mitverantwortlich, dass die Wahrheit aufgedeckt wird, vor allem gegenüber dem Volk.

Der Stadtpräsident *Klaus Baumgartner*: Es geht hier tatsächlich um die Frage, wollen wir Probleme lösen oder wollen wir Schuldige suchen? Es geht auch um die Frage, kennen wir alle Probleme? Der Gemeinderat hat nie bestritten und auch heute macht er dies nicht, dass Probleme bestehen und nach wie vor ganz viele Probleme in der LV zu lösen sein werden. Um Probleme für das Parlament und den Gemeinderat auf den Tisch zu legen, braucht es keine PUK. Die verschiedensten Sprecher wie Michael Burri, Kurt W. Weyermann, Rudolph Schweizer, Konrad Bossart haben ganze Problemkataloge aufgezählt und ihre Meinung bekannt gegeben, woher die Probleme rühren und weshalb sie entstanden sind. Baurechtsverträge müssen aufgearbeitet werden. Wir wissen, dass bei einzelnen Verträgen noch Mängel zum Vorschein kommen werden, sonst müssten sie nicht aufgearbeitet werden. Der Gemeinderat und die GPK haben bei der FD und der LV Druck gemacht. Die GPK hat sich intensiv mit diesen Fragen befasst, die GPK ist Frau und Mann genug, um dazu zu schauen. Es wurde insinuiert, dass noch irgend etwas verschleiert werde. Ich habe festgestellt, dass in den letzten Tagen noch viel herumgeschoben wurde. Dies ist der falsche Weg. Gegenüber der GPK muss ich festhalten, wenn der Coach nach Auskünften gefragt wird und dieser nichts sagen darf, weil der Vertrag eine Klausel beinhaltet, kann die GPK beim Gemeinderat nachfragen und beantragen, ob er bereit sei, die Schweigepflicht des Coach teilweise oder ganz aufzuheben. Die GPK-Mitglieder sollten bekannte Probleme nicht schubladisieren und sie bei einer günstigen Gelegenheit hervorheben und debattieren. Ich bin der Meinung, es wäre Pflicht, auch von mir als Gemeinderat und von allen meinen Kolleginnen und Kollegen, wenn Probleme auftauchen, diese auf den Tisch zu legen, dann wird nachgefragt und der Auftrag erteilt, um Nachforschungen zu machen.

Kurt W. Weyermann hat gesagt, er habe Telefone von Bürgerinnen und Bürgern erhalten, ich will diese Liste sehen und veranlassen, dass bei diesen Personen alles bereinigt wird. Übrigens, Mieten und Baurechtszinse, das müssten die Leute, welche im Immobilienbusiness tätig sind wissen, sind Bring- und nicht Holschulden. Man sollte die Schulden bezahlen, wenn sie fällig sind. Eine PUK bringt keine Problemlösung. Konrad Bossart, eine PUK bringt auch keinen Schlusstrich, sondern nur einen weiteren Scherbenhaufen. Wir müssen an den Problemen arbeiten, Fortschritte wurden bereits gemacht. Wenn im jetzigen Zeitpunkt eine PUK eingesetzt wird, hilft dies nicht Probleme zu lösen, weil in die Arbeit einer Abteilung eingegriffen wird, welche weiss Gott genug mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Mit der PUK stiften wir Unruhe und verunsichern unsere Leute. Eine PUK heisst auch, dass wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht vertrauen und das ist schrecklich. Gestützt auf den Bericht des FI wissen wir, dass es Probleme gibt, aber wir haben keine Anhaltspunkte, dass über diese Probleme hinaus etwas gemischt wird. Deshalb ist der Gemeinderat der Ansicht, dass die Probleme mit den normalen Mitteln, wenn man sie richtig und konsequent einsetzt, auch zu lösen sind. Wenn wir nicht Anhaltspunkte liefern können, dass noch ganz dicke Hunde vergraben sind und Sachen dem Parlament und sogar dem Gemeinderat vorbeigeschaukelt werden, so sollte keine PUK eingesetzt werden. Zum Schluss zu den Worten von Thomas Fuchs. Ich habe Hühnerhaut gekriegt, wenn Sie sagen, es brauche Politikerinnen und Politiker, welche zu allem fähig seien. Wenn wir in der Geschichte zurückblättern, sehen wir, dass es auch Politikerinnen und Politiker gegeben hat, welche unfähig, aber zu allem fähig waren. Ich warne vor solchen Sprüchen. Ich bitte den Rat, den Antrag auf eine PUK abzulehnen.

Adrian Haas (FDP): Der Stadtpräsident hat gesagt, das Problem liege auf dem Tisch und deshalb sei keine PUK notwendig. Diese Folgerung ist nicht richtig. Das Problem ist, der Gemeinderat nimmt offensichtlich seine Verantwortung nicht zur Genüge wahr, nämlich die Verantwortung, diese Probleme zu lösen. Hier muss das Parlament einschreiten, das Parlament muss seine Aufsichtsfunktion ausüben, d.h. den Gemeinderat letztlich zu Massnahmen verpflichten. Wir wollen nicht Frau Frösch an die Kandare nehmen, dies halten wir sowieso für hoffnungslos, sondern wir wollen den Gemeinderat zur Verantwortung ziehen. Dies erfordert, dass wir als Parlament den Sachverhalt klar sichten, selbst dann, wenn dieser angeblich auf dem Tisch des Gemeinderats liegt. Die PUK ist in diesem Sinne nicht nur vergangenheitsbezogen. Im Stadtratsreglement steht, dass die Untersuchungskommission dem Stadtrat Bericht und die ihr nötig erscheinenden Anträge stellt und zwar nicht Anträge zur weiteren Vergangenheitsbewältigung, sondern solche zur Lösung der Probleme und diese sind zukunftsgerichtet. Ich bitte euch deshalb, unserem Antrag zuzustimmen.

Thomas Fuchs (JSVP): Herr Stadtpräsident, ich will Ihnen das Bonmot des Stadtratspräsidenten, hart aber herzlich, zurückgeben. Ich bedaure, wenn es Sie bei meinen Worten gefröstelt hat, es war nicht mein Ziel, dass es Sie im Frühling friert, Sie haben mich wahrscheinlich falsch verstanden oder fehl interpretiert. Als Präsident der FIKO und nicht als Stadtrat stelle ich hier folgende Frage: Ist der Gemeinderat bereit, die Schweigepflicht von Herrn Lentsch ganz oder teilweise aufzuheben? Herr Lentsch hat beste Insiderkenntnisse, würde man an der Börse sagen, er hat die LV durchleuchtet und gesehen, was läuft oder eben nicht.

Der Stadtpräsident *Klaus Baumgartner*: Der Gemeinderat wird an seiner nächsten Sitzung über diese Frage beraten.

- Der Beschluss erfolgt unter Namensnennung. -

Beschluss

Der Rat lehnt die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) mit 44 Nein, 32 Ja bei 0 Enthaltungen ab.

Mit Nein stimmten:

Raymond Anliker, Oskar Balsiger, Sven Baumann, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Annette Brunner, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Marcel Fankhauser, Verena Furrer-Lehmann, Ruedi Hofer, Michael Jordi, Heinz Junker, Esther Kälin Plézer, Regula Keller, Blaise Kropf, Andreas Krummen, Peter Künzler, Leslie Lehmann, Edith Lörtscher, Liselotte Lüscher, Markus Lüthi, Edith Madl Kubik, Irène Marti Anliker, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Edith Olibet, Ruth Rauch, Ursula Rudin-Vonwil, Annemarie Sancar, Doris Schneider, Rolf Schuler, Peter Sigerist, Franco Sommaruga, Sylvia Spring Hunziker, Michael Straub, Ueli Stückelberger, Béatrice Stucki, Peter Stucki, Margrit Stucki, Eva von Ballmoos, Catherine Weber, Andreas Zysset.

Mit Ja stimmten:

Ernst Aebersold, Thomas Balmer, Markus Blatter, Konrad Bossart, Peter Bühler, Marcel Eyer, Othmar Feller, Thomas Fuchs, Hans Ulrich Gränicher, Adrian Haas, Rolf Häberli, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaberg, Daniele Jenni, Alfred Jordi, German Kalbermaten, Annemarie Lehmann, Peter Linder, Anton Maillard, Mario Marti, Lydia Riesen, Kurt Rüeeggesser, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Christoph Stalder, Ernst Stauffer, Katharina Suter, Hans-Ulrich Suter, Kurt W. Weyermann, Hansjörg Wittwen.

- Das Traktandum 4 der heutigen Sitzung wird vorgezogen. -

4 Kleine Anfrage Sven Baumann (GFL): Kostendeckende Verwaltung fremder Objekte als Sparmassnahme?

Antrag Nr. 73

In der Berichterstattung zum gemeinderätlichen Sparpaket vermerkt die BZ vom 23.2.2000 unter dem Titel „Hier wird gespart“ unter anderem folgende Position:

„Wohnen: 100 000 Franken, indem die Liegenschaftsverwaltung fremde Objekte zu kostendeckenden Gebühren verwaltet.“

Stimmt diese Meldung? - Wenn Ja, um welche Objekte handelt es sich? Bestehen konkrete Gründe, weshalb die Stadt diese Objekte verwaltet, bis anhin keine kostendeckenden Gebühren verlangt hat und offenbar auch in Zukunft keine rentablen (sprich: gewinnbringenden) Entschädigungen für die Verwaltung einfordern will?

Bern, 2. März 2000

Die Finanzdirektorin *Therese Frösch* beantwortet die Kleine Anfrage im Namen des Gemeinderats. Die Liegenschaftsverwaltung verwaltet mit insgesamt 8 Drittmandaten rund 900 Wohnungen. Mit Ausnahme von 21 Wohnungen handelt es sich ausschliesslich um Objekte von Baugenossenschaften, an denen die Stadt Bern beteiligt ist. Die Führung von Drittmandaten ermöglicht eine sinnvolle Ergänzung des städtischen Angebots an Wohnungen.

Bei der im erwähnten Zeitungsartikel unter dem Titel „Hier wird gespart“ genannten Summe von Fr. 100 000.00 handelt es sich nicht um eine Einsparung, sondern um Mehreinnahmen, die in den nächsten Jahren angestrebt werden. Dadurch soll der bereits bisher realisierte Ertrag aus der Betreuung von Drittmandanten weiter erhöht werden. Die Drittmandate wurden 1998 mit Ausnahme von zwei kleineren Aufträgen neu ausgehandelt und dabei auch den branchenüblichen Honorierungsansätzen angepasst. Im Rahmen der Massnahmen aus der Portfolioanalyse erfolgt eine weitere Überprüfung des Kostendeckungsgrads und damit die Schaffung einer erhöhten Transparenz. Es wird wieder überprüft, ob hier ein höherer Ansatz möglich ist oder allenfalls auch eine Aufgabe, wenn es eben nicht rentiert.

Sven Baumann (GFL): Ich danke für diese Antwort. Ich bin natürlich froh, dass dies ein Missverständnis war, wobei es stand nicht nur falsch in der „BZ“, sondern auch falsch im Schlussbericht des Gemeinderats und sollte dort präzisiert werden. Ich bin froh, dass der

Gemeinderat solche Drittmandate nur übernimmt, wenn auch etwas für die Stadt heraus-schaut.

Mitteilungen

Der Stadtpräsident *Klaus Baumgartner*: Ich habe eine erfreuliche Mitteilung. Unter www.bern.ch kann folgendes ab heute über Internet abgerufen werden:

- Sämtliche Stadtratsprotokolle und Traktandenlisten dieser Legislatur.
- Daten zu den einzelnen Stadtratsmitgliedern gemäss der gemachten Umfrage.
- Kommissionen, die Zusammensetzung der Kommissionen.
- Botschaft und Resultate von der Abstimmung vom 12. März 2000, Vorlagen vom 21. Mai 2000, die Botschaft wird nächste Woche aufgeladen.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *René Zimmermann*

Die Protokollführerin: *Edith Ramseier*